

Agenda 2026+

Positionen der Wirtschaft zur Kommunalwahl 2021

Wiesbaden | Rheingau-Taunus | Hochheim

Präambel

Die hessischen Kommunalwahlen im Frühjahr 2021 stellen auch in der Wirtschaftsregion Wiesbaden die politischen Weichen für die nächsten fünf Jahre. Als Stimme der gewerblichen Wirtschaft in Wiesbaden, dem Rheingau-Taunus-Kreis und in Hochheim bringt die Industrie- und Handelskammer Wiesbaden hier ihre 10 wichtigsten Forderungen zur Stärkung und Entwicklung des Wirtschaftsstandortes ein. Sie stellen keine Rangfolge dar.

Die IHK bündelt die Interessen von rund 36.000 Unternehmen der Wirtschaftsregion – unabhängig von Brancheninteressen und Unternehmensgröße. Die Kommunalpolitik gestaltet die Standortbedingungen für Unternehmen und Fachkräfte mit. Sie beeinflusst damit den wirtschaftlichen Erfolg unserer Region.

Die Corona-Krise trifft auch die Wirtschaftsregion Wiesbaden hart. Das Ausmaß ist noch nicht absehbar – in jedem Fall wird die Aufarbeitung die Legislaturperiode ab 2021 prägen. Es gilt nun mehr denn je, die lokalen Standortfaktoren so zu gestalten, dass der Wiederaufbau der Wirtschaft gestärkt wird. Es geht auch darum, Perspektiven für unsere Stadt und unsere Region in der Zukunft zu schaffen. Unternehmen verstehen darunter, wirtschaftliche, ökologische und soziale Verantwortung anzuerkennen und danach zu handeln. Das fordern sie auch von der Politik.

Die IHK Wiesbaden möchte mit diesem Forderungspapier in den konstruktiven Dialog mit den kommunalpolitischen Entscheidern treten. Das Papier wurde am 25. März 2020 vom Präsidium der IHK Wiesbaden verabschiedet und am 17. Juni 2020 von der IHK-Vollversammlung ergänzt.

1. Mobiler werden

Nie hat es mehr Einwohner, Besucher und Pendler in der Wirtschaftsregion Wiesbaden gegeben – Tendenz weiter steigend. Zudem wachsen die Mobilitätsbedürfnisse der Gesell-

schaft. Damit erhöht sich auch das Verkehrsaufkommen. Dritter Platz im TomTom-Stauranking, letzter Platz beim ADFC-Fahrradklima-Test, Stickoxide oberhalb des erlaubten Grenzwerts – nicht nur auf Wiesbadens Straßen gibt es viel zu tun. Vier von fünf Unternehmen im Wiesbadener Raum fühlen sich durch den Zustand der Verkehrsinfrastruktur beeinträchtigt. Problematisch sind vor allem Brücken- und Straßensperrungen sowie der Zustand der Verkehrswege. Nie war die Gelegenheit besser, die Weichen für eine zukunftsfeste Mobilität zu stellen.

Die Investitionen in Straßen und die Fahrradwegeinfrastruktur müssen steigen. Und auch der Schienenverkehr muss weiter ausgebaut werden – schließlich ist er besonders für Berufspendler unverzichtbar. Wir brauchen einen bedarfsgerechten und attraktiven ÖPNV, vor allem für die ländlichen Räume. Zuverlässigere und schnellere Verbindungen im Berufsverkehr bieten Anreize zur ÖPNV-Nutzung. Mobilitätsbarrieren müssen geöffnet werden, Mobilitätsangebote abgestimmt, neue Konzepte wie Quartiersbusse, App-gesteuerte Mitnahmedienste und intelligente Lösungen für Wirtschaftsverkehre erprobt und digitale Lösungen zur Verkehrssteuerung eingeführt werden. Eine dritte Rheinquerung zwischen Mainz und Wiesbaden sowie eine Brücke im Raum Rüdesheim/Bingen sind nötig, um die Wirtschaftsräume auf beiden Rheinseiten besser zu integrieren.

Die Wirtschaftsregion Wiesbaden ist Teil der Metropolregion FrankfurtRheinMain. Wir brauchen einen regionalen Masterplan Verkehr, der die Verflechtungen und die Mobilität in der Region als Ganzes betrachtet – ideologiefrei und unabhängig von einzelnen Verkehrsträgern.

2. Gründerregion profilieren

Unsere Region ist ein guter Ort, um ein Unternehmen zu gründen. In den vergangenen Jahren hat sich eine vitale Gründerszene etabliert: Kurze Wege, innovative Gründer sowie engagierte Unternehmer, Hochschulen und Investoren sorgen für ein lebendiges Ökosystem. Die Gründerszene ist zunehmend Impulsgeber für Innovation und Wirtschaftswachstum und steigert die Attraktivität unserer Region.

Wenn wir langfristig wirtschaftlich erfolgreich sein wollen, müssen wir junge Unternehmen und ihre Ideen in der Region halten und neue Talente anlocken. Dazu brauchen wir ein klares Standortprofil, eine bessere Vermarktung des Gründerstandorts und bessere Bedingungen für Ansiedlung und Wachstum. Die Kommunalpolitik muss sich klar zur Gründerszene bekennen. Initiativen wie die Gründerfabrik Rheingau oder das Gründerzentrum im Alten Gericht in Wiesbaden müssen weiter unterstützt werden. Als Orte des Austausches bringen sie neue Ideen und etablierte Unternehmen zusammen und sorgen für Vernetzung und Dynamik. Auch individuelle Förderungen von Jungunternehmern dürfen nicht vernachlässigt werden.

3. Voller Einsatz für lebendige Innenstädte

Verödete, schmutzige Innenstädte ohne Aufenthaltsqualität? Nicht bei uns! Attraktive, (er-)lebenswerte Innenstädte zu erhalten und zu fördern, ist eine echte Herausforderung. Sie kann nur gemeinsam, im Dialog zwischen Händlern, Gastronomen, Eigentümern und der Verwaltung angegangen werden. In allen Rathäusern muss Innenstadtentwicklung Chefsache sein. Die Kommunalpolitik in der Region muss sich zu lebenswerten Innenstädten bekennen. Dazu gehören Konzepte für die Innenstadtentwicklung ebenso wie die

unbürokratische Förderung von Ideen der Händler – und ein Forum für den Austausch von Ideen und guten Beispielen innerhalb der Kommunen. Die Erreichbarkeit der Innenstädte muss einfach und für alle Verkehrsarten gewährleistet sein.

4. Flächen strategisch entwickeln

Fläche ist ein knappes Gut. In vielen Orten können Anfragen ansiedlungswilliger oder ansässiger Unternehmen regelmäßig nicht bedient werden. Wohnraum ist teuer geworden, weil das Angebot zurückgeht. Wohnen und arbeiten gehört zusammen. Beides braucht eine Perspektive. Unternehmen müssen sich erweitern oder neu ansiedeln können, Unternehmen brauchen Fachkräfte und Fachkräfte brauchen Wohnraum. Daher ist es entscheidend, dass Kommunen ausreichend Gewerbe- und Siedlungsflächen mit leistungsfähigen digitalen Netzen und Verkehrsverbindungen entwickeln. Auch an Flächen zur lokalen Rohstoffgewinnung für die Baustoffproduktion muss gedacht werden. Ein strategischer Umgang mit Flächen und eine vorausschauende Bauleitplanung können Nutzungskonflikte verhindern helfen. In Wiesbaden bietet das Projekt „Ostfeld“ als innovatives und neues urbanes Stadtquartier mit einem Mix aus bezahlbarem Wohnen, Arbeiten, Kultur- und Naturraum für die gesamte Region eine große Chance, sich als Modellregion zu profilieren. Aufgrund der Flächenknappheit müssen daneben auch andere Flächenpotenziale, beispielsweise das Gewerbeband an der A66 zwischen Erbenheim und Nordenstadt, mit der gleichen hohen Priorität angegangen werden.

Kommunen brauchen klare Ziele und Visionen. Diese schaffen Planungssicherheit und Perspektiven für Unternehmen. In welche Richtung wollen sich Städte und Gemeinden entwickeln? Welche Branchen sollen sich ansiedeln? Was ist das Alleinstellungsmerkmal? Das Potenzial ist groß – ebenso die Gefahr der Beliebigkeit. Die Kommunen brauchen den Mut, ein eigenes Profil zu entwickeln – und die Offenheit, ihre Entwicklung ganzheitlich zu denken. Stadtentwicklungskonzepte sind eine gute Basis, um auch für die Wirtschaft eine langfristige Perspektive zu schaffen.

5. Fachkräfte für die Region begeistern

Der Fachkräftemangel fordert auch unsere Wirtschaftsregion heraus: Mehr als jedes zweite Unternehmen sieht in ihm mittlerweile ein Risiko für die eigene wirtschaftliche Entwicklung. Einen höheren Wert gab es noch nie! Die Hälfte der Betriebe kann offene Stellen längerfristig nicht besetzen, weil sie keine passenden Arbeitskräfte finden. Um Fachkräfte zu halten und neue anzuwerben, müssen die Lebensbedingungen in der Wirtschaftsregion attraktiv bleiben. Investitionen in die Bildungslandschaft sind dabei von hoher Bedeutung. Dies gilt in besonderem Maß für die Beruflichen Schulen als Partner der dualen Ausbildung. Dort müssen vergleichbare Lern- und Arbeitsbedingungen wie in den ausbildenden Unternehmen vorhanden sein, damit die Fachkräfte von morgen für das digitale Zeitalter gerüstet sind. Investitionen in Beruflichen Schulen kommen direkt den Unternehmen vor Ort zugute und sind daher ein wichtiger Beitrag zur kommunalen Wirtschaftsförderung.

6. Digitalstrategie entwickeln

Noch immer gibt es zu viele Funklöcher und langsame Internetverbindungen über die gesamte Wirtschaftsregion verteilt. Das gefährdet zunehmend die Wettbewerbsfähigkeit ganzer

Regionen. Damit diese den Anschluss nicht verlieren, braucht es einen raschen, flächendeckenden Ausbau des Mobilfunknetzes (4G, 5G) und der Glasfaser-Infrastruktur bis an die Haustür. Digitale Infrastruktur gehört zu den wichtigsten Standortfaktoren für Unternehmen. In Innenstädten muss das flächendeckende kostenfreie WLAN-Netz ausgebaut werden. Investiert werden muss auch in den Berufsschulen, wo die Fachkräfte von morgen ausgebildet werden. Neben modernen technischen Geräten in den Klassenzimmern braucht es eine schnelle und zuverlässige Internetverbindung und ein klares Konzept für digitale Bildung. Lehrer müssen wissen, was mit digitalen Medien möglich und auch nicht möglich ist. Sonst gelingt die digitale Bildungsrevolution nicht.

„Digital first“: Die Kommunen brauchen eine Digitalstrategie. Dabei können unterschiedliche Dienstleistungen miteinander verknüpft werden: Informationen für Touristen, Buchungsmöglichkeiten für Veranstaltungen, Dienstleistungen der Stadtverwaltungen, Fahrradvermietung oder eine Online-Plattform für Einzelhandel und Gastronomie.

7. Wirtschaftsfreundlicher verwalten

Kommunalverwaltungen sind Bürgern und Unternehmen am nächsten. Sie sollten ein Verständnis für unternehmerische Fragen entwickeln und konsequent dienstleistungsorientiert handeln. Das kann durch eine strategische Digitalisierung der Daseinsvorsorge gelingen – digitale Verwaltungsleistungen (E-Government) sollten weiter ausgebaut werden. Ein One-Stop-Shop und ein zentraler Ansprechpartner als Lotse könnten Verwaltungsverfahren wirtschaftsfreundlicher und einfacher gestalten. Die Ämter einer Kommune müssen besser zusammenarbeiten. Zuständigkeiten sollten klarer kommuniziert, Entscheidungen transparent dargelegt und Planungen, Anliegen und Verfahren, beispielsweise Baugenehmigungen, schneller bearbeitet und digitalisiert werden. Kommunen könnten hier Maßstäbe setzen, etwa als Ort für die schnellste Unternehmensgründung Deutschlands.

Eine Reihe von Möglichkeiten bietet hier das Baustellenmanagement. So fehlt zum Beispiel in Wiesbaden eine zentrale Koordination – Baustellen werden genehmigt, ohne Wechselwirkungen zu beachten. Gefragt ist ein Baustellenkoordinator, der auch als Ansprechpartner für Unternehmen zur Verfügung steht. Rechtzeitige Informationen über Dauer und Auswirkungen sind für Unternehmer und Kunden essentiell. Eine Baustellenkarte und ein immer wieder aktualisierter Bau-Blog im Internet können Abhilfe schaffen.

8. Kommunal Finanzen nachhaltig gestalten

Die Kommunen in der Wirtschaftsregion Wiesbaden erwirtschaften hohe Einnahmen. Allein über die Gewerbesteuer finanzieren Unternehmen gut die Hälfte der kommunalen Steuereinnahmen. Die regionale Wirtschaft ist so stark betroffen wie nie zuvor. Zudem werden die Hebesätze von den Kommunen in der Regel nicht zurückgenommen. Dies führt zu einer fortlaufend höheren Belastung der Unternehmen. In einigen Städten und Gemeinden der IHK-Region sind die Hebesätze bereits überdurchschnittlich – für die Kommunen ein Nachteil im Standortwettbewerb, für die Unternehmen eine Bremse für Investitionen.

Hohe Hebesätze reduzieren die Ertragskraft, haben eine negative Signalwirkung und senken die Standortattraktivität. Langfristig kann das den Wirtschaftsstandort schwächen. Kommunale Ausgaben müssen daher immer wieder daraufhin überprüft werden, ob sie notwendig

sind, um die Daseinsvorsorge sicherzustellen. Die kommunale Infrastruktur ist ein wichtiger Standortfaktor und sollte eine hohe Priorität haben.

9. Industriestandort stärken

Die Industrie ist ein starkes Fundament für die Wertschöpfung in der Wirtschaftsregion Wiesbaden – und sie spielt eine entscheidende Rolle für ihre Zukunft. Die Branche investiert in eine ressourcenschonendere Produktion. Allein in Wiesbaden bietet sie 20.000 Arbeitsplätze. Diese Rolle wird in der Bevölkerung und in der Politik nicht ausreichend wahrgenommen. Die Empfehlungen der Industriestudie 2016 müssen endlich umgesetzt werden. Dazu gehört vor allem ein Masterplan Industrie, um neue Perspektiven für die Branche am Standort Wiesbaden zu entwickeln.

10. In der Metropolregion engagiert zusammenarbeiten

Wiesbaden, der Rheingau-Taunus-Kreis und die Stadt Hochheim sind Teil der polyzentrischen Metropolregion FrankfurtRheinMain. Wiesbaden bildet gemeinsam mit Mainz ein deutschlandweit einmaliges Doppelzentrum aus zwei Landeshauptstädten Kopf an Kopf – und mit über 500.000 Einwohnern zugleich das westliche Zentrum. Warum fehlen politische Vertreter regelmäßig auf den Podien, wo es um die Metropolregion geht? Die Wirtschaftsregion Wiesbaden muss in der Metropolregion präsenter werden. Die Zusammenarbeit zwischen Wiesbaden und Mainz sollte weiter intensiviert werden, etwa wenn es um einen Schnellradweg von Innenstadt zu Innenstadt geht oder um eine stärkere Verzahnung touristischer Angebote.

Unternehmer, aber auch Pendler, denken nicht in Verwaltungsgrenzen. Viele Herausforderungen können Kommunen nur durch Kooperation angehen – interkommunale Zusammenarbeit erweitert die Gestaltungsspielräume. Möglichkeiten gibt es viele: die Entwicklung interkommunaler Gewerbegebiete oder Siedlungsflächen, Absprachen bei der verkehrlichen Erschließung, eine interkommunal agierende Wirtschaftsförderung oder mehr Gemeinsamkeit bei der touristischen Vermarktung der Region. Alle Kommunen können von einem koordinierten, strategischen regionsweiten Standortmarketing profitieren. Städte und Gemeinden müssen sich besser vernetzen, auch mit Blick auf Unternehmensansiedlungen und Neugründungen.